

Antwort

der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Michael Meister, Heinz Seiffert, Leo Dautzenberg, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU – Drucksache 15/5496 –

Hemmnisse für die True-Sale-Verbriefung

Vorbemerkung der Fragesteller

Die Etablierung eines effizienten True-Sale-Verbriefungsmarktes wäre ein weiterer Schritt zur Fortentwicklung des Finanzplatzes Deutschland und zur Verbesserung der Finanzierungssituation der mittelständischen Wirtschaft. Anders als bei der synthetischen Verbriefung werden Forderungen insgesamt und nicht nur ihr Risikoanteil veräußert. Die Eigenkapitalbasis von Unternehmen wird so liquiditätswirksam gestärkt. Auf Grund der hohen Bedeutung des Mittelstandes für die deutsche Wirtschaft ist ein funktionierender True-Sale-Verbriefungsmarkt deshalb von besonderem finanz- und wirtschaftspolitischen Interesse.

Bisher sind True-Sale-Verbriefungen in Deutschland lediglich für Bankforderungen, die zudem keine Immobilienkredite sind, getätigt worden. Andere Bankforderungen bzw. Nichtbankforderungen wurden indessen bisher nicht True-Sale verbrieft. Hintergrund für diese unterschiedliche und insgesamt nicht zufriedenstellende Entwicklung dürften auch die rechtlichen Rahmenbedingungen sein. Im Kleinunternehmerförderungsgesetz wurde die Übertragung von Bankforderungen zum Zwecke der Verbriefung von der Gewerbesteuer befreit. Für Unternehmens-, Factoring- und Leasingforderungen wurde eine entsprechende Gewerbesteuerbefreiung nicht gewährt; die Gewerbesteuerbelastung macht die Verbriefung zu teuer. Gleichzeitig wird die Verbriefung von Forderungen aus Immobilienkrediten durch die fehlende Möglichkeit der insolvenzfesten Übertragung von Grundpfandrechten im Insolvenzrecht behindert. Damit stehen rund 50 Prozent aller Bankforderungen nicht für Verbriefungen zur Verfügung. Am deutschen Pfandbriefmarkt wird die Entwicklung von innovativen Produkten behindert.

1. Welche Bedeutung schreibt die Bundesregierung der Entwicklung eines breiten Marktes für True-Sale-Verbriefungen hinsichtlich der weiteren Entwicklung des Finanzplatzes Deutschland sowie insbesondere hinsichtlich der Finanzierung der mittelständischen Wirtschaft in Deutschland zu?

Die Stärkung des deutschen Verbriefungsmarktes und insbesondere von True-Sale-Verbriefungen ist eines der von der Bundesregierung mit besonderer Priorität verfolgten finanzmarktpolitischen Ziele. Die Bundesregierung ist sich der wachsenden Bedeutung von True-Sale-Verbriefungen sowohl für den Finanzsektor als auch für die gewerbliche Wirtschaft bewusst. Verbriefungen stellen für Unternehmen eine volkswirtschaftlich sinnvolle und vielfach günstigere Refinanzierungsalternative zur Kreditfinanzierung dar. Von besonderer Bedeutung ist dies für mittelständische Unternehmen, die anders als Großunternehmen vielfach keinen unmittelbaren Zugang zum Kapitalmarkt haben. Durch Verbriefungstransaktionen kann die im internationalen Vergleich hohe deutsche Kreditfinanzierungsquote vermindert werden. Gerade für Unternehmen, die Schwierigkeiten haben, von Kreditinstituten günstige Kredite zu erhalten, sind Verbriefungen von besonderer Bedeutung. Daher ist die Stärkung des deutschen Verbriefungsmarktes auch eines der von der Bundesregierung im Finanzmarktförderungsplan 2006 verfolgten Ziele.

Zur Förderung des deutschen Verbriefungsmarktes hat die Bundesregierung bereits eine Reihe von Maßnahmen ergriffen. Um es Kreditinstituten zu erleichtern, Kreditforderungen zu verbrieften, wurden Zweckgesellschaften, die von Kreditinstituten Kreditforderungen übernehmen und verbrieften, gewerbesteuerrechtlich den Banken gleichgestellt. Die entsprechenden gesetzlichen Regelungen sind mit dem Gesetz zur Förderung von Kleinunternehmern und zur Verbesserung der Unternehmensfinanzierung (nachfolgend: Kleinunternehmerförderungsgesetz) vom Juli 2003 rückwirkend zum 1. Januar 2003 in Kraft getreten.

Mit dem Vierten Finanzmarktförderungsgesetz vom 21. Juni 2002 wurde zuvor bereits im Rechtsberatungsgesetz klargestellt, dass Unternehmen, die – wie bei Verbriefungen üblich – Forderungen einziehen, die sie zuvor an eine Zweckgesellschaft abgetreten haben, nicht unter das Rechtsberatungsgesetz fallen. Auch dies hat Verbriefungstransaktionen erleichtert.

2. Welche Arten von Forderungen (Bankforderungen, Unternehmensforderungen, Factoringforderungen, Leasingforderungen) wurden seit Inkrafttreten des Kleinunternehmerförderungsgesetzes in Deutschland True-Sale verbrieft?

Der Bundesregierung sind keine amtlichen oder nichtamtlichen Statistiken bekannt, die Auskunft über die Arten von Forderungen geben, die in Deutschland seit Inkrafttreten des Kleinunternehmerförderungsgesetzes am 1. Januar 2003 True-Sale-verbrieft worden sind, so dass ihr eine Beantwortung der Frage nicht möglich ist. Der Bundesregierung ist allerdings bekannt, dass im November 2004 Kreditforderungen der Volkswagen Financial Services GmbH mit einem Volumen von rund 1,2 Mrd. Euro über die True-Sale-Verbriefungsplattform der True Sale International GmbH nach deutschem Recht und durch eine deutsche Zweckgesellschaft True-Sale-verbrieft worden sind.

3. Insofern Unterschiede zwischen den einzelnen Forderungsarten bestehen, wie erklärt die Bundesregierung diese?
4. Wie hat sich die True-Sale-Verbriefung von Bankforderungen gegliedert nach Kreditarten (insbesondere: Immobilienkredite vs. Sonstige) seit Inkrafttreten des Kleinunternehmerförderungsgesetzes entwickelt?
5. Insofern Unterschiede zwischen den einzelnen Arten von Bankforderungen bestehen, wie erklärt die Bundesregierung diese?

Die Fragen 3 bis 5 werden zusammengefasst wie folgt beantwortet.

Der Bundesregierung ist eine Beantwortung aus den in der Antwort zu Frage 2 genannten Gründen nicht möglich.

6. Ist der Bundesregierung die Studie ‚Verbriefung von Unternehmens-, Factoring- und Leasingforderungen in Deutschland‘, erstellt von Prof. Ulrich Hommel für die True-Sale International GmbH, bekannt?

Ja.

7. Stimmt die Bundesregierung dem Ergebnis dieser Studie zu, wonach eine Gewerbesteuerbefreiung für die im Titel genannten Forderungsklassen zum Zwecke der Verbriefung nur vernachlässigbare Steuerausfälle zur Folge hätte?

Wenn nein, warum nicht, und zu welchem quantitativen Ergebnis kommt die Bundesregierung hinsichtlich möglicher Steuerausfälle bei einer entsprechenden Gewerbesteuerbefreiung?

Die im Gutachten befürwortete Ausweitung des § 19 GewStDV war bereits Gegenstand der Beratung des Kleinunternehmerförderungsgesetzes im Jahre 2003. Die Ausweitung des § 19 GewStDV auf Zweckgesellschaften, die Forderungen allgemeiner Art von Nichtbanken erwerben, wurde seinerzeit in Bundestag und Bundesrat abgelehnt, weil eine derartige Begünstigung gravierende Steuerausfälle zur Folge hätte, da sie im Ergebnis die Hinzurechnung von Dauerschuldentgelten insgesamt in Frage stellen würde. Das Gutachten berücksichtigt diesen Aspekt nicht. Die Bundesregierung sieht in dem Gutachten daher keinen Ansatz, um von ihrer Position abzurücken.

8. Plant die Bundesregierung eine Gesetzesinitiative zur Befreiung der Verbriefung von Unternehmens-, Factoring- und Leasingforderungen von der Gewerbesteuer?

Wenn ja, wann?

Wenn nein, warum nicht?

Nein, auf die Antwort zu Frage 7 wird verwiesen.

9. Welche anderen Hindernisse sieht die Bundesregierung für die Gewerbesteuerbefreiung der genannten Forderungsklassen?

Auf die Antwort zu Frage 7 wird verwiesen.

10. Sieht die Bundesregierung jenseits der Gewerbesteuerproblematik andere Hindernisse, die der True-Sale-Verbriefung von Nichtbankforderungen in Deutschland entgegenstehen?

Wenn ja, welche Bedeutung haben diese und was plant die Bundesregierung zu tun, um diese Hindernisse zu beseitigen?

Auf Grund eines Urteils des Bundesgerichtshofs – in einem Verfahren, dem keine Verbriefungstransaktion zu Grunde lag – besteht Rechtsunsicherheit, ob Treuhandvereinbarungen im Rahmen von True-Sale-Verbriefungen im Fall der Insolvenz des Originators der Zweckgesellschaft ein Aussonderungsrecht hinsichtlich der vom Originator für die Zweckgesellschaft treuhänderisch gehaltenen Grundpfandrechte gewähren. Zur Beseitigung der dem Verbriefungsmarkt abträglichen Rechtsunsicherheit ist die Bundesregierung bereits tätig geworden und hat den Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Insolvenzordnung, des Kreditwesengesetzes und anderer Gesetze vorgelegt. Dieser sieht die Schaffung eines so genannten Refinanzierungsregisters vor, das von dem Originator geführt wird (§§ 22a ff. KWG-E). Forderungen und Grundpfandrechte, auf deren Übertragung die Zweckgesellschaft im Rahmen einer True-Sale-Verbriefung einen Anspruch hat, können in das Refinanzierungsregister eingetragen werden. Eine ordnungsgemäße Eintragung hat gemäß § 22i KWG-E zur Folge, dass der Zweckgesellschaft im Falle der Insolvenz des Originators ein Aussonderungsrecht gemäß § 47 der Insolvenzordnung zusteht. Hierdurch wird insbesondere bei grundpfandrechtlich besicherten Forderungen ohne Umschreibung des Grundbuchs die erforderliche Insolvenzfestigkeit sichergestellt.

11. Welche Rolle spielt die insolvenz sichere Übertragung von Grundpfandrechten bei der True-Sale-Verbriefung von Immobilienkrediten aus Sicht der Bundesregierung?
12. Wie beeinflusst die Tatsache, dass eine solche Übertragung im deutschen Insolvenzrecht bislang nicht vorgesehen ist, aus Sicht der Bundesregierung die True-Sale-Verbriefung von Forderungen aus Immobilienkrediten sowie die Entwicklung von innovativen Produkten am deutschen Pfandbriefmarkt?

Die Fragen 11 und 12 werden zusammengefasst wie folgt beantwortet.

Auf die Antwort zu Frage 10 wird verwiesen.

13. Plant die Bundesregierung eine entsprechende Möglichkeit im Insolvenzrecht zu schaffen?

Wenn ja, bis wann ist eine Gesetzesänderung geplant, und welches Bundesministerium wird hierbei federführend sein?

Zunächst wird auf die Antwort zu Frage 10 verwiesen. Auf eine Bitte des ursprünglich federführenden Bundesministeriums der Justiz prüft das Bundesministerium der Finanzen derzeit, ob eine Beschleunigung dadurch erzielt werden kann, dass die in der Antwort zu Frage 10 genannten Bestimmungen zur Schaffung eines Refinanzierungsregisters (§§ 22a ff. KWG-E) vom Entwurf eines Gesetzes zur Änderungen der Insolvenzordnung, des Kreditwesengesetzes und anderer Gesetze abgetrennt und mit einem anderen Gesetzesentwurf, der federführend vom Bundesministerium der Finanzen betreut wird, verbunden werden kann.